Stand: 12.07.2025 23:17:44

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/303

"Zukunft des Religionsunterrichts für muslimische Kinder und Jugendliche sicherstellen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/303 vom 12.02.2019
2. Beschluss des Plenums 18/328 vom 13.02.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 9 vom 13.02.2019

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 12.02.2019 **Drucksache 18/303**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Toman, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Zukunft des Religionsunterrichts für muslimische Kinder und Jugendliche sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Islamischer Religionsunterricht flächendeckend in ganz Bayern als konfessionell gebundener Religionsunterricht nach Art. 7 des Grundgesetzes eingeführt werden kann und dementsprechend als ordentliches Lehrfach eingerichtet wird;
2. die Verlängerung des Modellversuchs „Islamischer Unterricht“ bis zur Einführung des Islamischen Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach jetzt zu beschließen und damit für Schulen, Lehrkräfte, Eltern und Schülerinnen und Schüler Planungssicherheit zu schaffen.

Begründung:

Kinder und Jugendliche brauchen einen Ort, um über Religion und alles, was dazu gehört, zu reden und das gilt für Kinder und Jugendliche jeder Religionszugehörigkeit. Für muslimische Kinder und Jugendliche – zumindest für einen Teil von ihnen – war dies bisher der islamische Religionsunterricht, der im Rahmen des Modellversuchs „Islamischer Unterricht“ an bayerischen Schulen gegeben wurde.

Der Modellversuch „Islamischer Unterricht“ läuft nun am 31.07.2019 nach über neun Jahren aus. Die Staatsregierung ist bisher zu keinem Ergebnis gekommen, wie das sehr erfolgreiche Modell weitergeführt werden soll. An den Schulen, bei den Schülerinnen und Schülern, bei der Elternschaft und selbstverständlich bei den betroffenen Lehrkräften herrscht große Verunsicherung.

Im Schuljahr 2017/2018 haben 16.131 Schülerinnen und Schüler an diesem Modellversuch teilgenommen. Der Bedarf wäre viel größer, daher bedürfte es dringend eines flächendeckenden Angebots, um diesen zu decken. Vor sechs Jahren lag die Gesamtzahl muslimischer Schülerinnen und Schüler schon bei etwa 100.000, inzwischen liegt sie bei 179.000. Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus geht davon aus, dass 80 Prozent dieser Schülerinnen und Schüler den islamischen Religionsunterricht wählen würden. Das wären mit über 143.000 Schülerinnen und Schülern das zehnfache der Kinder und Jugendlichen, die heute an bayerischen Schulen in ihrer Religion unterrichtet werden können.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Die Ankündigung, dass vor einer Entscheidung das Ende des Modellversuchs abgewartet werden und eine erneute Evaluierung stattfinden soll, ist nicht hinnehmbar.

Das Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB) evaluiert fortlaufend den Modellversuch. Die Evaluation des Zeitraums von 2009 bis 2014 ergab, dass der Islamische Unterricht ein „erfolgreiches Angebot“ für die jungen Menschen darstellt und sowohl persönlichkeitsbildend als auch gesellschaftlich-integrativ wirkt. Und auch der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV) fordert seit Jahren die Verankerung des Angebots, da der Islamunterricht Identität schafft, der Radikalisierung vorbeugt und für Sensibilität für die eigene Religion und Respekt vor anderen Religionen sorgt. Wird nun das Ende des Modellversuchs abgewartet, im Anschluss eine erneute Evaluation durchgeführt und erst dann entschieden, welche Möglichkeiten die muslimischen Schülerinnen und Schüler an bayerischen Schulen haben sollen, fundierte Kenntnisse über ihre Religion zu erwerben, wird ein bisher sehr gut funktionierendes Modell zerstört und dabei den Betroffenen keine Alternative angeboten. Die unterrichtenden Lehrerinnen und Lehrer werden sich andere Arbeitsverhältnisse suchen müssen und nicht mehr zur Verfügung stehen, wenn sie wieder gebraucht werden. Die Eltern der muslimischen Schülerinnen und Schüler werden nach Alternativen suchen, um ihre Kinder im islamischen Glauben unterrichten zu lassen und womöglich später nicht mehr auf das schulische Angebot zurückkommen.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 13.02.2019 **Drucksache** 18/**328**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Toman, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/**303**

Zukunft des Religionsunterrichts für muslimische Kinder und Jugendliche sicherstellen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher
Abg. Gabriele Triebel
Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch
Abg. Margit Wild
Abg. Matthias Fischbach
Abg. Dr. Anne Cyron
Abg. Barbara Regitz
Abg. Dr. Simone Strohmayr
Abg. Raimund Swoboda
Abg. Eva Gottstein
Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zukunft des Religionsunterrichts für muslimische Kinder und Jugendliche sicherstellen (Drs. 18/303)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr u. a. und Fraktion (SPD)
Islamunterricht in deutscher Sprache als ordentliches Lehrfach flächendeckend einführen (Drs. 18/311)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Weltanschauliche Neutralität des Staates beim Thema Religion an Schulen (Drs. 18/312)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Islamunterricht an bayerischen Schulen verbieten (Drs. 18/313)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Gabriele Triebel vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gabriele Triebel (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrter Herr Minister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Übermorgen gibt es Zeugnisse, nämlich die

Zwischenzeugnisse. Sie werden sich bestimmt noch daran erinnern, wie Sie dieses Blatt überreicht bekommen und sofort von oben nach unten gescannt haben: Deutsch, Religion und Mathe – und an das Gefühl der Erleichterung, wenn alles passte. Bei über 16.000 Schülerinnen und Schülern wird das übermorgen genauso ablaufen. Es sind Kinder und Jugendliche islamischen Glaubens, die dank des Modellversuchs, den wir seit knapp zehn Jahren hier in Bayern anbieten, eine Note in Islamischer Religion bekommen werden.

Diese Note steht dafür, dass sich die Schülerinnen und Schüler in deutscher Sprache mit anderen Schülern über ihren Glauben austauschen können, dass sie über die verschiedenen Glaubensrichtungen innerhalb und außerhalb des Islam mehr erfahren können und dass sie von einer vom Ministerium geprüften und ausgesuchten Lehrkraft nach einem Lehrplan unterrichtet werden. Ihr Glaube erhält dadurch eine Wertschätzung. Diese Note steht dafür, dass Kinder und Jugendliche muslimischen Glaubens durch diesen Unterricht bei ihrer Identitätsfindung und der Integration in die Gesellschaft unterstützt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das alles findet an bayerischen Schulen statt. Andere Bundesländer beneiden uns um dieses schulische Angebot. Deswegen ist es völlig unverständlich, dass es Bestrebungen gibt, diesen Unterricht einfach sterben zu lassen. Das kann und das darf nicht sein!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Unterrichtsende im Juli hätte die Konsequenz, dass sich viele Kinder und Jugendliche außerschulischen Angeboten zuwenden würden, bei denen in türkischer und arabischer Sprache unterrichtet und nur in wenigen Fällen ein offenes Wissen vermittelt würde. Wollen Sie das wirklich?

(Zuruf von der AfD: Das machen die eh schon!)

Sie sagen, Sie wollen noch eine Evaluation abwarten – als ob das Ministerium nicht schon jetzt Daten über die Wirksamkeit dieses Unterrichts hätte. Bereits im Jahr 2014 wurden unter Minister Dr. Spaenle die positiven Wirkungen dieses Unterrichts herausgestellt. Verstecken Sie sich also nicht hinter einer weiteren Evaluation! Hören Sie auf, auf Zeit zu spielen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Minister, Sie wurden in der Presse mit den Worten zitiert: Würden wir diesen Modellversuch weiterführen, wäre das eine Hauruck-Aktion wie der Wechsel vom G 8 zum G 9. Das dürften wir so nicht mehr machen. – Nein, falsch! Herr Minister, wir haben bestehende Strukturen, die es einfach nur weiterzuführen gilt. Sagen Sie einfach: Es geht weiter. Dann ruckelt hier überhaupt nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Führen wir den erfolgreichen Modellversuch fort! Lassen Sie uns an einer gesetzlichen Regelung arbeiten, die diesen Unterricht in ein Regelfach überführt! Unser Ziel muss ein flächendeckender und bedarfsgerechter Religionsunterricht sein, der von Lehrkräften in deutscher Sprache gegeben wird, die an unseren Universitäten ausgebildet sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Neben dem christlichen Religionsunterricht gibt es in Bayern bereits ein Unterrichtsangebot für Schülerinnen und Schüler jüdischen und alevitischen Glaubens. Christlich, jüdisch, alevitisch – wieso also nicht auch islamisch? Wieso keine Gleichbehandlung? Rund 140.000 bayerische Schülerinnen und Schüler muslimischen Glaubens wollen diesen Religionsunterricht. Bisher können ihn leider nur 16.000 von ihnen besuchen. Lassen Sie diese Schülerschaft und deren Eltern in unserer Schulfamilie nicht als Mitglieder zweiter Klasse dastehen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Geben Sie ihnen die Sicherheit und die Wertschätzung, dass auch sie mit ihrem Glauben wie alle anderen einen Platz an den bayerischen Schulen haben und dass sie auch in den nächsten Zeugnissen wieder eine Religionsnote finden werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Margit Wild für die SPD-Fraktion.

Margit Wild (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich beginne mit einem Zitat des ehemaligen Ministers Dr. Spaenle. In einem Artikel in der "Süddeutschen Zeitung" vom Oktober wird er sinngemäß wie folgt zitiert: Das ist ein wichtiges Instrument, um Werte und Inhalte im Hinblick auf Islam, Christen- und Judentum zu vermitteln. Gleichzeitig hilft es muslimischen Schülern, hier eine Heimat zu finden, abseits der Hinterhöfe. Seine Besuche hätten ihm gezeigt, dass Islamunterricht ein Mittel gegen islamisch getragenen Antisemitismus sein könne. – Da hat unser ehemaliger Minister Dr. Spaenle recht. Da kann man ihm nur zustimmen.

Frau Kollegin Triebel hat es bereits gesagt: Seit neun oder zehn Jahren haben wir bereits diesen Modellunterricht in deutscher Sprache, der vom Ministerium abgesegnet ist. Er wird von ausgebildeten Kräften in deutscher Sprache abgehalten. Diesen Unterricht hatten wir schon einmal evaluiert.Im Jahr 2014 hatten wir einen Bericht im Bildungsausschuss. Für diesen Modellversuch gab es nur einhelliges Lob. Alle haben positiv darüber gesprochen. Jetzt, fünf Jahre später, muss ich mich vor allem über die FREIEN WÄHLER sehr wundern. Über die CSU wundere ich mich nicht so sehr. Jetzt wird der Islamunterricht wieder infrage gestellt, und man möchte wieder evaluieren.

Für junge Menschen ist es wichtig, sich mit ihrem Glauben auseinandersetzen zu können, und zwar intensiv. Wir haben uns auch alle mit unserer Glaubensgemeinschaft auseinandergesetzt, egal, ob katholisch oder evangelisch. Wir haben unsere Wurzeln und unsere Identität gefunden. Wird der Islamunterricht nicht flächendeckend eingeführt oder sogar abgeschafft, werden junge Menschen in eine ganz andere Richtung

und zu ganz anderen Kräfte gedrängt. Der Satz von Herrn Spaenle in der "Süddeutschen Zeitung" ist absolut richtig. In unserem Integrationsgesetz, das wir im Jahr 2015 vorgelegt haben, ist die Bildung ein wichtiger Bestandteil. Bildung ist ein wichtiger Schlüssel zur Integration. Der Religionsunterricht gehört einfach dazu.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Über den Dringlichkeitsantrag der AfD brauchen wir gar nicht zu reden; dieser ist für uns ein absolutes No-Go.

Dem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN stimmen wir zu.

Wir halten den ersten Teil des Antrags der FDP für gut und wollten diesem eigentlich zustimmen. Beim genaueren Durchlesen des zweiten Teils haben wir jedoch gesagt: Nein, das kommt für uns nicht infrage. – Deshalb lehnen wir diesen Dringlichkeitsantrag ab.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als Nächsten rufe ich Herrn Abgeordneten Matthias Fischbach von der FDP-Fraktion auf.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir stehen für einen weltanschaulich neutralen Staat. Wir stehen zum Grundsatz der Gleichbehandlung. Da der Staat einen christlichen Religionsunterricht anbietet, muss er meiner Meinung nach auch einen islamischen Religionsunterricht anbieten.

Der in Zusammenarbeit mit der Universität Erlangen-Nürnberg entwickelte Modellversuch hat sich in den letzten zehn Jahren als sehr erfolgreich erwiesen. Alle Bewertungen zeigen ein deutliches Bild. Daher verstehe ich es überhaupt nicht, warum die Staatsregierung dieses Modell jetzt immer noch infrage stellt. Das Angebot wird hervorragend angenommen. Außerdem garantiert es die Erteilung des islamischen Religionsunterrichts auf dem Boden unserer Verfassung. Der islamische Religionsunterricht

leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur Integration der Schülerinnen und Schüler und für unsere Gesellschaft. Er gibt den Schülerinnen und Schülern eine Orientierung, wie sie sich mit ihren Werten bei uns zurechtfinden sollen. Daher ist es höchste Zeit, dass wir Klarheit für alle Betroffenen schaffen. Das sind über 16.000 Schüler, über 100 Lehrer und mehrere Hundert betroffene Schulen. Meine Damen und Herren, lassen Sie uns Klarheit schaffen.

(Beifall bei der FDP)

Kolleginnen und Kollegen von der AfD-Fraktion, Ihre Forderung nach einem islamfreien Schulumfeld kann ich in keiner Weise nachvollziehen. Das ist vollkommen unabhängig von der zweifelhaften Konnotation dieses Begriffs zu sehen. Dieser Unterricht trägt aktuell dazu bei, dass über 16.000 Schülerinnen und Schüler nicht von alternativen Religionsunterweisungen Gebrauch machen müssen, die vielleicht von radikalen Islamisten durchgeführt werden. Meine Damen und Herren, das muss man meiner Meinung nach anerkennen.

Als FDP möchten wir jedoch auch betonen – ich finde es schade, dass die SPD nicht mitgehen möchte –, dass wir keine starre Trennung nach Konfessionen, Religionen und Ethik brauchen. Wir müssen einen Schritt weiter gehen. Gerade nach den Debatten der letzten Jahre, nach den von rechts geschürten Vorurteilen und aufgrund der Entwicklung unseres Landes ist es an der Zeit für einen Dialog zwischen den verschiedenen Weltanschauungen an der Schule. Das sollten wir aktiv fördern. Das schafft Vertrauen, Verständnis und Akzeptanz, und es reduziert auch die Gefahr von Radikalisierungen.

Deshalb wollen wir die Staatsregierung auffordern, einen weiteren Modellversuch in die Wege zu leiten, der einen gemeinsamen konfessionsübergreifenden Dialogunterricht zu Religions- und Wertekunde ermöglicht. Man könnte in bestimmten Jahrgangsstufen anfangen und dann prüfen, ob es sinnvoll ist, diesen Unterricht weiter auszubreiten. Dies könnte einen Raum für den gegenseitigen Austausch verschiedener

Weltanschauungen und zur Selbstvergewisserung schaffen. Das eigene Weltbild kann auf diese Weise geschärft und hinterfragt werden, indem ein Blick über den Tellerrand geworfen wird.

Meine Damen und Herren, daher werbe ich um Zustimmung zu unserem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag. Künftig müssen alle Religionen und Weltanschauungen, die auf dem Boden unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehen, objektiv in der Schule behandelt werden. Daher fordern wir mehr Dialog, weniger Segregation und einen gemeinsamen Unterricht.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die nächste Rednerin ist Frau Dr. Anne Cyron von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Anne Cyron (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Der Modellversuch "Islamischer Unterricht" läuft nun nach rund acht Jahren aus. Jetzt ist es Zeit, diesen Versuch endlich durch einen demokratiekompatiblen Ethikunterricht zu ersetzen.

Islamunterricht bedeutet, dass an den Schulen Ansichten verbreitet werden, die im offenen Gegensatz zu unserem Grundgesetz stehen. Im Gegensatz zur Bibel stellt der Koran gleichsam eine Art Grundgesetz für die Gläubigen dar. Er stellt auch Anspruch auf die politische Macht. Es gibt im Koran viele Verse, die gegen ein friedliches Zusammenleben von Muslimen, Juden und Christen sprechen.

(Benjamin Adjei (GRÜNE): Haben Sie die Bibel mal gelesen? Da steht das auch drin!)

Kinder sollen im Schulunterricht zu Toleranz, kritischem Denken und Selbstbewusstsein erzogen werden. Was Kinder brauchen, ist ein aufgeklärter Weltanschauungsun-

terricht. Islamunterricht ist zugleich politischer und gegen unser Grundgesetz gewandter Unterricht; denn einen verfassungskonformen Islam gibt es nicht, so sehr wir uns das auch wünschen.

Auch wenn der Islamunterricht an den Schulen beibehalten werden sollte, können wir doch nicht verhindern, dass Imame junge Menschen in Hinterhofmoscheen mit ihren radikalen Koranauslegungen verfolgen.

(Zurufe von den GRÜNEN: Religionsfreiheit!)

Die Forderung, Inhalte des Islamunterrichts müssten mit dem Grundgesetz vereinbar sein, beruht auf einer Träumerei; denn es gibt keinen politischen und religiösen Islam. Der Koran unterwirft den Muslim der Scharia, die seine gesamten Lebensverhältnisse regelt: Recht, Religion, Kultur und Politik.

Meine Damen und Herren, was bedeutet denn Islam? – Er bedeutet nichts anderes als die Unterwerfung. Islamunterricht geht einher mit der Ablehnung von Prinzipien wie Individualität, Säkularität, Pluralismus und Menschenrechten. Eine selbst ernannte Elite von Religionsgelehrten übernimmt die Erziehung der Kinder. Menschenrechte und Pluralismus sind in dieser ideologisch geprägten Erziehung überflüssig. Wesentliche Merkmale des Islamunterrichts sind unter anderem die Frontstellung gegen die Normen und Regeln unseres Grundgesetzes, die Missachtung der Trennung von Staat und Religion, die Verneinung der Geschlechtergleichstellung und von religiöser Freiheit und Selbstbestimmung.

(Zuruf des Abgeordneten Cemal Bozoğlu (GRÜNE))

Sollen wir zulassen, dass unsere Kinder in diesem Sinne an unseren Schulen erzogen werden? Meine Damen und Herren von der Fraktion der GRÜNEN, werfen Sie doch ab und zu mal einen Blick in das Grundgesetz.

(Lachen bei den GRÜNEN – Zurufe von den GRÜNEN: Verfassungsschutz!)

In der vergangenen Woche haben Sie das paritätische Wahlrecht gefordert. Heute stellen Sie einen Antrag, der die Unterrichtung von Kindern genau im Rahmen der Ideologie fordert, die die Gleichberechtigung der Frauen verneint.

(Unruhe)

Ihre Logik ist wirklich bestechend. Des Vorwurfs, dass Sie damit das gesamte Erbe der geistigen Aufklärung, die Europa in den letzten Jahrhunderten durchlaufen hat,

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Abgeordnete, Sie sind am Ende Ihrer Redezeit. Ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

Dr. Anne Cyron (AfD): auf dem Altar Ihrer Buntheitsideologie opfern, können Sie sich nicht erwehren.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Barbara Regitz von der CSU-Fraktion.

Barbara Regitz (CSU): Wertes Präsidium, meine Damen und Herren! Über die Zukunft des Unterrichts für muslimische Kinder und Jugendliche zu sprechen, ist grundsätzlich gut; denn diskutieren hebt die Akzeptanz und schafft Klarheit. Ob der Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN und die anderen Dringlichkeitsanträge inhaltlich und zum jetzigen Zeitpunkt dazu beitragen, ist jedoch fraglich.

Zum Hintergrund: Der Modellversuch "Islamischer Unterricht" läuft am Ende des Schuljahres aus. Derzeit werden die Ergebnisse der zweiten Evaluation erwartet. Vor einer Stellungnahme oder gar vor einer Entscheidung bleibt das Ergebnis der Evaluation abzuwarten.Eine Evaluation ist ein Instrument der Qualitätskontrolle mit dem Ziel, belastbare Ergebnisse zu erhalten, um auf dieser Grundlage fundierte Entscheidungen zu treffen. Es bleibt also die Frage: Was treibt die GRÜNEN zum jetzigen Zeitpunkt? – Dass der Modellversuch im Sommer ausläuft und alle beteiligten Schüler, El-

tern, Lehrer und Schulen jetzt Planungssicherheit brauchen? Ich meine, wir tun gut daran, insgesamt und hier im Besonderen überlegt zu handeln. Bitte keine Hektik!

(Beifall bei der CSU – Lachen bei den GRÜNEN)

Nun zum Inhalt Ihres Antrags: Er enthält Richtiges, zu Hinterfragendes, aber auch Forderungen, die Unkenntnis zeigen. Zum Richtigen: Zweifelsohne ist der Modellversuch "Islamischer Unterricht" hoch angesehen

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Barbara Regitz (CSU): und ein Beitrag zur Integration.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Pardon, Frau Abgeordnete?

Barbara Regitz (CSU): – Bitte im Anschluss!

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke.

Barbara Regitz (CSU): Denn hier wird über die eigene Religion, aber eben auch über andere Religionen nachgedacht. Hier wird Unterricht nach Vorgaben unserer Verfassung verwirklicht. Hier wird Unterricht in deutscher Sprache, unter bayerischer Schulaufsicht und nach einem vom Kultusministerium genehmigten Lehrplan organisiert. Hier haben unsere öffentlichen Schulen bei der Demokratie- und Werteerziehung den Fuß in der Tür. Die Schulen können der "Koranschule im Hinterhof" das Wasser abgraben und damit Radikalisierung vorbeugen.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, diese Gründe waren übrigens die Motivation der CSU, sich einst dafür starkzumachen, den Modellversuch einzuführen.

Es muss noch dargelegt werden, ob das als Rundum-sorglos-Paket anzusehen ist. Auch der Weg, auf dem es weitergeht, muss genau überlegt werden. Ich meine aber,

ohne einer Entscheidung vorgreifen zu wollen: Was eine so lange Vergangenheit hat, hat sicher auch eine Zukunft.

(Beifall bei der CSU)

Zu hinterfragen sind die Zahlen und die Umsetzung des GRÜNEN-Antrags. Im Antrag wird behauptet, dass 80 % der Schüler Islamischen Religionsunterricht wählen würden. Wodurch ist diese Zahl belegt? Es wird auch von einer "flächendeckenden" Einführung gesprochen. Dies ist irreführend. Wenn schon, dann bitte bedarfsorientiert. Aber auch für den bedarfsorientierten Ausbau braucht es Köpfe, personelle, räumliche und organisatorische Voraussetzungen.

Zum letzten Punkt: der Unkenntnis. Ich wundere mich insbesondere über die Forderung in Punkt 1. Sie zeigt Unkenntnis der Rechtslage. Unter Punkt 1 wird gefordert, "dass Islamischer Religionsunterricht [...] als konfessionell gebundener Religionsunterricht […] eingeführt […] und […] als ordentliches Lehrfach eingerichtet wird". – Dies regeln das Grundgesetz und die Bayerische Verfassung. Da steht ganz klar, dass Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt wird. Ob ein solcher Unterricht eingeführt werden kann, ist also von einer Religionsgemeinschaft abhängig. Da es hierzu im Islam aber unterschiedliche Positionierungen gibt, fehlt dieser Ansprechpartner.

(Zuruf von den GRÜNEN: Pech gehabt!)

Bei dem Modellversuch für glaubensbezogene Inhalte arbeitet das Kultusministerium eng mit Fachleuten der Universität Erlangen-Nürnberg zusammen. Es handelt sich deshalb um eine staatlich kontrollierte Aufklärung, nicht um konfessionell gebundenen Religionsunterricht. Laut der Bayerischen Verfassung ist als Ersatzunterricht religions- und weltanschaulich neutraler Ethikunterricht vorgesehen. Ein Religionsunterricht, der auf eine konfessionelle Ausrichtung verzichtet, ist daher verfassungsrechtlich ausgeschlossen.

Meine Damen und Herren, deshalb ist die Forderung in Punkt 1 wegen der fehlenden Voraussetzungen abzulehnen und die Forderung in Punkt 2 als Folge der Forderung in Punkt 1 ebenfalls.

Nun zu den weiteren Anträgen: Wie bereits ausgeführt, können und wollen wir noch keine Vorfestlegung. Viele Fragen sind haushaltsrelevant und juristisch zu prüfen. Bitte nicht den zweiten, dritten und vierten Schritt vor dem ersten Schritt tun!

(Beifall bei der CSU)

Ich fasse zusammen: Integration braucht sprachliche und interkulturelle Kompetenz. Der Modellversuch leistet deshalb einen wichtigen Beitrag. Warten wir aber dennoch die Evaluation ab. Wenn die Fakten vorliegen, werden wir zunächst intern beraten und dann eine Stellungnahme zur Zukunft abgeben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nun eine Zwischenbemerkung der Abgeordneten Triebel.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Sehr geehrte Kollegin Regitz, Sie fragten nach dem Zeitpunkt. Übermorgen gibt es die Zwischenzeugnisse. Bekanntlich gibt es ein halbes Jahr später die Abschlusszeugnisse. Im Moment geben diesen Unterricht knapp 100 Lehrerinnen und Lehrer, die zu 90 % befristet angestellt sind. Das heißt, es ist eigentlich ein Akt der Fairness, dass wir diesen Lehrerinnen und Lehrern ein halbes Jahr vorher ein Signal geben, ob es im September weitergeht, deswegen unser Antrag jetzt.

Und was machen Sie, wenn Sie gefühlt zum hundertsten Mal evaluiert haben und dann sagen: Ja, oh ja, wir machen den Modellversuch weiter, wenn Sie dann keine Lehrer mehr haben, weil diese Lehrer sich, wenn da ein zeitlicher Gap dazwischen ist, natürlich andere Berufe und Anstellungen suchen werden? Was machen Sie dann? Wir haben dann niemanden mehr. Dann ist es aus und vorbei.

(Zuruf von der CSU: Quatsch!)

Deswegen jetzt die Entscheidung, damit diesen Lehrerinnen und Lehrern die Sicherheit gegeben wird, dass es weitergehen wird! Das gilt natürlich auch für die Eltern und Schüler. Das zu Ihrem Verständnis.

(Zurufe des Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU))

Ich habe in meiner Rede auch betont, dass es um "flächendeckend" und "bedarfsorientiert" geht. Es ist natürlich auch klar, dass dann die schulischen Ordnungsmaßnahmen greifen.

(Unruhe bei der CSU)

Eine Gruppe mit nur fünf Schülern kann natürlich nicht unterrichtet werden. Wir sehen das also auch bedarfsorientiert, und wir sehen, dass die Rechtslage schwierig ist. Aber es betrifft an unseren bayerischen Schulen im Moment 180.000 Jugendliche. Wir müssen das jetzt nicht als gegeben hinnehmen, dass wir rechtlich blockiert sind.

(Anhaltende Unruhe bei der CSU – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Zeit! – Zuruf von der CSU: Zwei Minuten!)

Setzen wir uns deswegen doch hin und versuchen wir, mit den muslimischen Verbänden eine Lösung zu finden, damit wir diese Kinder weiter beschulen können!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Barbara Regitz (CSU): Frau Kollegin Triebel, ich habe Ihnen vorhin schon gesagt, erstens, dass ich, ohne einer Entscheidung vorgreifen zu wollen, der Meinung bin, dass etwas, was eine so lange Vergangenheit hat, selbstverständlich auch eine Zukunft haben wird. Wir warten aber die Evaluationsergebnisse ab;

(Diana Stachowitz (SPD): Aber die Lehrer können nicht darauf warten!)

denn das sind die Grundlagen für unsere Entscheidung.

Zweitens möchte ich sagen, dass in Ihrem Antrag "flächendeckend" und eben nicht "bedarfsorientiert" steht. Dann müssen Sie das in Ihrem Antrag korrigieren.

Und zu den Lehrern: Ob das so ist? – Das ist eine pure Behauptung und eine Drohkulisse. Ich würde jetzt sagen: Wir warten hier mal ab, bis die Ergebnisse vorliegen. Diese Ergebnisse werden mit Spannung erwartet. Ich bin mir ganz sicher, dass wir dann wirklich zu einer guten Lösung kommen werden, aber eben fundiert und gut beraten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Bravo!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult: eine Zwischenbemerkung der Abgeordneten Dr. Strohmayr.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Liebe Frau Kollegin Regitz, Sie sind selber lange Zeit im Schulwesen tätig gewesen und haben deshalb sicherlich Verständnis für die Bedürfnisse von Schulen, dass man dort auch Sicherheit braucht, um Dinge organisieren zu können. Das ist Ihnen sicherlich verständlich. Mich würde in diesem Zusammenhang jetzt interessieren, welchen Zeitkorridor Sie sich da vorstellen. Ich würde gerne den Schulen, die mich angeschrieben haben, Klarheit verschaffen.

Barbara Regitz (CSU): Liebe Kollegin Strohmayr, also ich bin von niemandem angeschrieben worden. Das kann ich hier jetzt mal sagen. Ich gehe davon aus, dass das Kultusministerium – der Kultusminister ist hier – hinterher vielleicht noch etwas zum Zeitpunkt sagen kann, wann wir die Ergebnisse der Evaluation bekommen werden. Ich denke, diese sind innerhalb kürzester Zeit da.Dann wird sauber beraten. Das, worüber wir hier entscheiden müssen, ist haushaltsrelevant, und es ist vor allem juristisch zu prüfen. Deswegen bitte keine Schnellschüsse.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich darf Sie noch einmal bitten, hier zu bleiben. Wir haben eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Swoboda von der AfD.

Raimund Swoboda (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Ich habe an Sie folgende Frage. Sie haben soeben die Bayerische Verfassung zitiert. Wenn ich es richtig verstanden habe, haben Sie gesagt, daraus leiten Sie ab, dass alle Religionsgemeinschaften einen Anspruch auf Unterrichtung in Religionskunde an bayerischen Schulen haben, weil ihre Glaubensgrundsätze dort dargestellt werden müssen. Dazu frage ich Sie: Ihnen ist sicherlich wie mir auch bekannt, dass Muslime dem Glaubensgebot aus der Ummah, dem Koran und der Scharia unterliegen. Dort ist ihr Recht geschrieben, und das gehört zu ihren Glaubensgrundsätzen. Das müssten Sie jetzt an bayerischen Schulen von deutschen Lehrern unterrichten lassen, wie Sie es gesagt haben. Jetzt meine Frage: Wollen Sie wirklich, dass die Glaubensgrundsätze aus dem Islam an den Schulen in der Weise, wie es der Islam vorsieht, unterrichtet werden?

(Zuruf von der CSU: Das ist eine Unterstellung!)

Barbara Regitz (CSU): Herr Kollege Swoboda, Sie hätten mir genau zuhören müssen. Ich habe gesagt: Hier wird Unterricht nach Vorgaben unserer Verfassung gehalten, nämlich Unterricht in deutscher Sprache unter bayerischer Schulaufsicht und nach einem vom Kultusministerium genehmigten Lehrplan. Sie aber verwechseln Islam mit Islamismus.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der AfD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr gut!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Abgeordnete Eva Gottstein, bitte.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen dazu, dass wir Evaluationen ernst nehmen, was gerade die

GRÜNEN immer fordern. Die zweite Evaluation läuft noch, sie wird ausgewertet. Es gibt bereits Anzeichen dafür, dass sie positiv ausgewertet werden wird, aber sie ist noch nicht vollständig ausgewertet. Sie haben uns genau vor zwei oder drei Stunden, als ich als erste Rednerin zu den Dringlichkeitsanträgen gesprochen habe, vorgeworfen, dass wir etwas vorschnell machen würden, obwohl es überhaupt keine Diskussion darüber gibt, ob es fachlich richtig ist. Hier werfen Sie uns genau das Umgekehrte vor. Wir würden zu langsam handeln, obwohl wir sehr wohl noch einmal nachfassen müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Alle bayerischen Schüler haben entweder einen katholischen oder einen evangelischen Religionsunterricht oder einen Ethikunterricht. Wir hatten Schulen, in denen der Anteil der muslimischen Schüler im Ethikunterricht oft 70 % oder 80 % betrug. Daraus hat sich der Modellversuch ergeben, und er hat bisher in bewährter Form stattgefunden. Die Kollegin der CSU hat sehr wohl erklärt, warum man die Anträge der GRÜNEN, der SPD und der FDP aus rechtlichen Gründen ablehnen muss. Den Antrag der SPD muss man wegen vieler Vorfestlegungen ablehnen. Die GRÜNEN und die FDP gehen von der falschen Voraussetzung aus, dass wir wie bei den christlichen Kirchen einen zentralen Ansprechpartner haben. Die AfD hat so viel Sachunkenntnis, dass ich ihr einen Blick in den Lehrplan und eine Audienz bei Papst Franziskus empfehle, um sich über den Glauben des Islam zu informieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als Nächstem erteile ich Herrn Staatsminister Prof. Dr. Piazolo das Wort.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielen Dank dafür, dass wir über das wichtige Thema reden können. Ich will nur ein paar wenige Bemerkungen machen. Vieles ist schon gesagt worden.

Worum handelt es sich beim Islamischen Unterricht? – Die erste Feststellung: Er ist so, wie es im Modellversuch niedergelegt ist, kein Religionsunterricht, sondern Ethikunterricht. Wenn ein muslimisches Kind weder am katholischen noch am evangelischen Religionsunterricht teilnimmt, ist der Ethikunterricht eine Alternative. Das heißt, dass keine religiöse Einübung stattfindet. Auch das ist ein Unterschied zum Religionsunterricht.

Gesagt worden ist auch, dass dieser Unterricht von gut ausgebildeten Lehrern gegeben wird, die in Erlangen unterrichtet werden. Es wird nach dem Lehrplan unterrichtet, den wir vorgeben. Der Unterricht ist staatlich organisiert. Das ist ganz wichtig zu betonen. Diejenigen, die jetzt unterrichten, sind Lehrkräfte des Freistaates Bayern. Das, was in diesem Unterricht stattfindet, ist eine reflektierte Auseinandersetzung mit dem Glauben, die interkulturell ausgerichtet ist. Das wollte ich noch einmal deutlich machen. Es ist ein Modellversuch, der jetzt noch einmal verlängert wird. Insgesamt läuft er seit neuneinhalb Jahren, er läuft noch ein halbes Jahr. Ungefähr 350 Schulen sind daran beteiligt. Die Zahl von 16.000 teilnehmenden Schülern ist auch schon genannt worden.

Eine dritte Bemerkung: Ich habe es schon im letzten und im vorletzten Jahr gesagt – das ist nichts Neues: Ich persönlich habe große Sympathien für das, was bei diesem Modellversuch an den Schulen abläuft. Ich persönlich sehe ihn positiv. Das sage ich seit vielen Jahren. Ähnliches ist von Kollegin Regitz auch gerade gesagt worden. Ich möchte an dieser Stelle ganz ausdrücklich meine Wertschätzung gegenüber den 97 Lehrern ausdrücken, die im Moment diesen Islamischen Unterricht geben. Sie machen aus meiner Sicht eine gute Arbeit, auch für den Freistaat Bayern. Dieser Modellversuch hat eine hohe integrative Wirkung. Das will ich betonen, auch das ist gerade schon von beiden Kolleginnen, von Frau Gottstein und von Frau Regitz, erwähnt worden.

Ich stimme auch mit der Auffassung überein, dass wir relativ schnell Planungssicherheit schaffen sollen. Wir haben aber auch andere befristete Verträge, und da versu-

chen wir auch, Planungssicherheit zu schaffen. Eine Entscheidung wird es in absehbarer Zeit geben.

Am Ende des letzten Modellversuchs, der dann auslief, steht eine positive Bewertung. Wir haben aber gesagt, dass wir noch einen Modellversuch machen. Ich halte es auch für sinnvoll, dass wir diesen Modellversuch auswerten. Die Auswertung ist bereits in Auftrag gegeben. Nach dem, was ich höre, werden positive Antworten kommen. Dann geht es darum, wie wir es bewerten. Auch das ist gesagt worden. Dann müssen wir uns zusammensetzen und überlegen – diese Entscheidung ist nicht trivial –, ob der Modellversuch weitergeführt werden soll, ob er zum Regelunterricht werden soll, wie schnell das ganze Verfahren abläuft und welche rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sein müssen. Das Ganze – das haben die Kollegen beschrieben – ist auch rechtlich nicht trivial. Deshalb wollen wir es gründlich machen, aber ich sage auch ganz deutlich: Es ist jetzt an der Zeit, diese Entscheidungen einzuleiten, und es ist jetzt an der Zeit, sich darüber Gedanken zu machen, wie es weitergehen soll. Insofern bitte ich darum, diese Zeit abzuwarten.

Die Entscheidung wird nicht erst im Juni getroffen werden. Wir brauchen aber noch Rückmeldungen. Von den Kollegen der CSU und der FREIEN WÄHLER ist gesagt worden, dass wir uns dann zusammensetzen und gründlich beraten werden. Wenn Sie aber die Stimmen und die Wortmeldungen gehört haben, dann haben Sie schon vernommen, dass die positive Grundstimmung herrscht, einen integrativen Faktor wie den Islamischen Unterricht nicht einfach aufzugeben. Es geht darum, wie und in welcher Form er weitergeführt wird. Deshalb sage ich an diejenigen, die die Anträge gestellt haben: Aus der Debatte heraus gibt es durchaus positive Anzeichen. Ich bitte Sie aber, diese relativ kurze Zeit abzuwarten und mit der gemeinsamen Diskussion dann fortzufahren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf die Aussprache für eine offizielle Begrüßung unterbrechen. Auf der Tribüne darf ich eine Delegation aus der Kirgisischen Republik willkommen heißen, die für einen Gedankenaustausch mit unserem Ersten Vizepräsidenten in den Bayerischen Landtag gekommen ist.

(Allgemeiner Beifall)

An der Spitze begrüße ich den Außenminister der Kirgisischen Republik, Seine Exzellenz Herrn Chingiz Aidarbekov sowie den Botschafter, Seine Exzellenz Herrn Erines Otorbaev.

(Allgemeiner Beifall)

Seien Sie uns ganz herzlich willkommen. Wir hoffen, dass Sie noch genügend Zeit für einen Besuch unseres wunderschönen Freistaates Bayern haben. Herzlich willkommen. – Verehrte Damen und Herren, damit komme ich zu den Dringlichkeitsanträgen zurück. Als Nächster hat sich der Abgeordnete Matthias Fischbach für eine Zwischenbemerkung gemeldet.

Matthias Fischbach (FDP): Sehr geehrter Herr Minister Piazolo, gestatten Sie mir eine Nachfrage. Sie haben davon gesprochen, relativ bald und nicht erst im Juli Planungssicherheit schaffen zu wollen. Jetzt haben wir Februar. Zwischen Juli und Februar liegt ein gewisser Zeitraum. Ich würde Sie bitten, das ein bisschen zu konkretisieren. Sie wissen, dass viele Menschen auf eine klare Aussage warten. Können Sie das ein bisschen stärker eingrenzen?

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Gerne, natürlich. Ich hatte ja erwähnt, dass wir die Auswertung bereits in Auftrag gegeben haben. Das Ministerium macht entsprechend Druck, damit bald Antworten kommen. Auf Basis dieser Auswertungen suchen wir das Gespräch. Wir sind in einer Koalition. Selbst in den einzelnen Fraktionen gibt es Meinungsfindungen. Das ist ganz normal. Das hatte ich

ja auch erwähnt. Es geht nicht darum, einfach Ja oder Nein zu sagen. Folgende Überlegungen werden angestellt werden müssen: Wird ein Modellversuch weitergeführt?

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wie schaut ein eventueller Modellversuch aus? Es wird auch um Inhalte gehen. Es wird nach Lehrplan unterrichtet. Eine solche Auswertung beinhaltet nicht nur die Entscheidung "gut" oder "schlecht", sondern eine Abstufung darüber, was gut und was schlecht gelaufen ist. Die Auswertung wird folgende Fragen aufwerfen: Was können wir daraus lernen? Was lernt die CSU-Fraktion in Mehrheit? Was lernen die FREIEN WÄHLER in Mehrheit? Lernen wir das Gleiche? Setzen wir das gleich um? – Gerne können wir das Gespräch dann auch weiterführen und andere Meinungen hineinnehmen.

Dies alles geschieht vor dem Hintergrund – mir ist auch bewusst, dass es immer unterschiedliche Zielvorstellungen gibt –, dass wir zügig zu einem Ergebnis kommen wollen, um die Planungssicherheit für die Eltern – wie erwähnt – und die Lehrer sicherzustellen. Ich würde es in Wochen zählen. Ich habe gerade schon gesagt, dass mir Juli für eine Entscheidung zu spät ist. Wir müssen auch im Kabinett Entscheidungen fällen. Wir müssen einiges auf den Weg bringen. Vielleicht wollen wir hier auch noch darüber diskutieren. Das möchte ich nicht in der letzten Sitzung vor der Sommerpause tun, sondern ein gutes Stück davor.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Es liegt eine Zwischenbemerkung der Abgeordneten Gabriele Triebel vor.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Herr Minister, jetzt haben Sie sich etwas genauer ausgedrückt. Ich hatte nämlich dieselbe Frage. Wir wussten in der Fraktion nämlich nicht, was Sie genau meinen. Meinen Sie weiterführen? Stehen Sie dieser Weiterführung wohlwollend gegenüber oder doch nicht? – Gut. Ich hätte noch eine andere Frage. Am Anfang haben Sie richtig eingeworfen, dass das rechtlich ein bisschen schwierig ist.

Haben Sie Interesse daran, für die Zukunft zu klären, dass Islamischer Religionsunterricht zu einem Regelfach in unserem Fächerkanon wird?

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Genau diese Dinge sind juristisch abzuklären. Um es ganz offen zu sagen: Sie starten einen Modellversuch. Dieser läuft fünf Jahre lang. Sie stellen dann fest, dass Sie noch zusätzliche Informationen brauchen, also verlängern Sie den Modellversuch um weitere fünf Jahre. Auch darüber müssen wir reden. Wir können den Modellversuch nicht jedes Mal um fünf Jahre verlängern, der dann insgesamt 25 Jahre lang dauert. Ein Modellversuch ist dafür da, nach dessen Beendigung zu überlegen, wie es weitergeht.

Dass wir uns darüber im Klaren sind: Wenn Sie von Regelfach sprechen – darüber denken wir nach, darüber kann man nachdenken –, heißt das, das ist nicht in Windeseile zu schaffen. Das Thema ist emotional. Das Thema ist auch juristisch nicht trivial. Wir wollen uns auch keine blutige Nase holen. Das alles muss gründlich durchdacht werden. Selbstverständlich sind wir im Ministerium für Gründlichkeit bekannt. Auch die Fraktionen sind dafür bekannt. Auch Herr Bausback ist bei solchen juristischen Überprüfungen sicherlich hilfsbereit, wenn ich ihn so anschaue. Das alles muss natürlich Hand und Fuß haben. Daher kann es auch in mehreren Schritten erfolgen. Hier gibt es noch keine Festlegung von uns. Wir werden das Thema in aller Ernsthaftigkeit angehen, wohl wissend, dass eine Grundentscheidung sehr schnell und zügig gefällt werden muss.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. Damit ist die Aussprache geschlossen. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung. Ich wiederhole: Für den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/303 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/313 der AfD wurde jeweils namentliche Abstimmung beantragt.

Ich lasse zuerst über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr und anderer und Fraktion (SPD), Drucksache 18/311, betreffend "Islamunterricht in deutscher Sprache als ordentliches Lehrfach flächendeckend einführen" abstimmen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD und der FDP. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich komme zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt und anderer und Fraktion (FDP), Drucksache 18/312, betreffend "Weltanschauliche Neutralität des Staates beim Thema Religion an Schulen". Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen der GRÜNEN und der FDP. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD und der SPD. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich komme nun zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Drucksache 18/303, betreffend "Zukunft des Religionsunterrichts für muslimische Kinder und Jugendliche sicherstellen". Die Zeit für die Stimmabgabe beträgt fünf Minuten. Die Wahlurnen sind bereits an ihrem Platz. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 17:48 bis 17:53 Uhr)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Abstimmung ist geschlossen.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich darf Sie bitten, Ihre Plätze wieder einzunehmen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Je drei Minuten!)

– Vielen Dank für den Hinweis, Herr Abgeordneter Kreuzer. – Ich komme nun zur namentlichen Abstimmung des Antrags der AfD – Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion – auf Drucksache 18/313 betreffend "Islamunterricht an bayerischen Schulen verbieten". Hierzu haben wir eine Abstimmungszeit von drei Minuten. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 17:55 bis 17:58 Uhr)

Damit ist die Abstimmung geschlossen. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie bitten, auf die Plätze zurückzukehren. Bevor ich jetzt auf den Dringlichkeitsantrag Nummer 5 zurückgehe, möchte ich sicherheitshalber anmerken, dass es im Anschluss an diese Abstimmung noch eine weitere Diskussion geben wird. Wir kommen dann zurück auf den Tagesordnungspunkt 2. Da wird ein Antrag der SPD eingebracht, der mit der entsprechenden Redezeit diskutiert wird. Nur damit wir nicht zum wiederholten Male Unfälle, was die Beteiligung im Plenum betrifft, haben, möchte ich das ganz deutlich machen.

Ich komme jetzt zurück zum Dringlichkeitsantrag Nummer 5. Hier ist von der CSU-Fraktion – Drucksache 18/302 – namentliche Abstimmung beantragt. Deswegen rufe ich als Erstes den Antrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/309 der Abgeordneten Horst Arnold, Harald Güller, Florian Ritter und anderer und Fraktion betreffend "Was den Menschen und den Unternehmen wirklich hilft: Solide und gerechte Steuerpolitik für Zukunftsfähigkeit und Zusammenhalt Bayerns" auf. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der SPD. Wer ist gegen diesen Antrag? – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU, der Freien Demokraten und der AfD. Wer enthält sich? – Enthaltung durch die Fraktion der GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe zur Abstimmung den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann und anderer und Fraktion (FDP) auf betreffend "Impulse für Unternehmen jetzt setzen: Steuerentlastungen auf Bundesebene zügig vo-

ranbringen!", Drucksache 18/310. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FDP, und in diesem Fall, auch nur die FDP. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER und der CSU. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der AfD. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls abgelehnt.

Damit komme ich zur namentlichen Abstimmung. Sie dauert drei Minuten. Ich wiederhole: drei Minuten. Es ist dies der Antrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Impulse für Unternehmen jetzt setzen: Steuer- und Bürokratieentlastungen auf Bundesebene zügig voranbringen!", Drucksache 18/302. Verehrte Damen und Herren, die Abstimmung ist noch nicht eröffnet. Die Wahlurnen stehen bereit. Damit ist die Abstimmung eröffnet. Sie haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 18:01 bis 18:04 Uhr)

Damit ist die Abstimmung geschlossen.

(Allgemeine Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf Ihnen zwei Abstimmungsergebnisse bekannt geben. Zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Zukunft des Religionsunterrichts für muslimische Kinder und Jugendliche sicherstellen", Drucksache 18/303: Mit Ja haben 63 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 122 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: Keine. – Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Zweite Bekanntgabe: Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD) betreffend "Islamunterricht an bayerischen Schulen verbieten", Drucksache 18/313: Mit Ja haben 19 Abgeordnete ge-

stimmt, mit Nein haben 153 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/304 mit 18/307 und 18/314 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme nun zum nächsten Tagesordnungspunkt.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 13.02.2019 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Zukunft des Religionsunterrichts für muslimische Kinder und Jugendliche sicherstellen (Drucksache 18/303)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes	X		
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus		X	
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian	X		
Dr. **Büchler** Markus	X		
Busch Michael	X		
Celina Kerstin	X		
Dr. **Cyron** Anne		X	
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert	X		
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. **Faltermeier** Hubert		X	
Fehlner Martina	X		
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne	X		
Freller Karl			
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus (Tessa)	X		
Gehring Thomas			
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten		X	
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. **Hahn** Ingo		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Henkel Uli		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang	X		
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. **Kaltenhauser** Helmut	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto			
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan			
Dr. **Loibl** Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut		X	
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. **Müller** Ralph		X	
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred			
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. **Spitzer** Dominik	X		
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna	X		
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	63	122	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 13.02.2019 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion AfD; Islamunterricht an bayerischen Schulen verbieten (Drucksache 18/313)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Adjei Benjamin		X	
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus	X		
Becher Johannes		X	
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz			
Blume Markus		X	
Böhm Martin	X		
Bozoglu Cemal		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian		X	
Dr. **Büchler** Markus		X	
Busch Michael		X	
Celina Kerstin		X	
Dr. **Cyron** Anne	X		
Deisenhofer Maximilian		X	
Demirel Gülseren		X	
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin	X		
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred			
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. **Faltermeier** Hubert			
Fehlner Martina		X	
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne		X	
Freller Karl			
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick			
Fuchs Barbara		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus (Tessa)		X	
Gehring Thomas			
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten		X	
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard	X		
Grob Alfred		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin			
Prof. Dr. **Hahn** Ingo	X		
Halbleib Volkmar		X	
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina		X	
Henkel Uli	X		
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang		X	
Hierneis Christian			
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. **Kaltenhauser** Helmut		X	
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia		X	
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto			
Lettenbauer Eva		X	
Löw Stefan			
Dr. **Loibl** Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. **Müller** Ralph	X		
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus			
Pohl Bernhard			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred			
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina			
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd			
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph		X	
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. **Spitzer** Dominik		X	
Stachowitz Diana		X	
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund	X		
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna		X	
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele		X	
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winhart Andreas	X		
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	19	153	0